

## Frauen und Mütter im Deutschen Bundestag: Eine explorative Längsschnittstudie

Hilke Brockmann

Es herrscht politische Einigkeit darüber, dass die heutige Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft mit drei bis vier Prozent zu gering ist. Der breite Konsens zerbricht aber an der Frage, ob Frauenquoten ein probates Gegenmittel sind. Selbst die Frauen in der deutschen Regierung sind gespalten. So zeigt sich Bundesfrauenministerin *Kristina Schröder* (CDU) zufrieden mit der Selbstverpflichtung der dreißig größten Dax-Unternehmen. Arbeitsministerin *Ursula von der Leyen* (CDU) fordert eine dreißigprozentige, gesetzlich verpflichtende Frauenquote und bleibt misstrauisch<sup>1</sup> – vielleicht aus gutem Grund, denn Politikerinnen haben mit Frauenquoten längere Erfahrungen. Dass sich dennoch die Meinungen zur Wirksamkeit von Frauenquoten widersprechen, liegt vielleicht an der Heterogenität der Frauen selbst, die auch in der Forschung übersehen wird. Die hier vorgelegte explorative Analyse zur legislativen Repräsentanz von Frauen zielt in diese Lücke mit der Frage, ob Frauen und Mütter im Deutschen Bundestag zunehmend repräsentiert sind. Eine gesonderte Auswertung nach dem Mutterstatus ist neu. Sie rechtfertigt sich durch die rasant steigende Zahl kinderloser Frauen und durch die empirisch belegten Benachteiligungen und Risiken, die heute immer noch Mütter, nicht aber Frauen ohne Kinder tragen, etwa beim Einkommen, bei Scheidung<sup>2</sup> oder offensichtlich bei der Zeitautonomie. Ist die Politik vielleicht auch deshalb eine Männerwelt geblieben, weil es zum praktizierten Lebensentwurf der meisten Frauen gehört, Kinder zu haben, die sich mit den Zeitanforderungen des politischen Alltags nicht vereinbaren lassen?

Für die Studie wurden individuell aufgeschlüsselte biografische Daten der Bundestagsabgeordneten genutzt, um mehr über Frauen und Mütter zu erfahren, wobei die ersten Wahlperioden mit den letzten verglichen wurden, denn die Einführung von Frauenquoten ins politische System war auch in Deutschland ein langwieriger Prozess. Bis heute gibt es keine gesetzlich bindende Frauenquote. 1979 schrieben die Grünen als erste Partei eine freiwillige fünfzigprozentige Quote in ihre Statuten. Mehr als 30 Jahre später verabschiedete die CSU im Oktober 2010 eine Frauenquote.

1 Vgl. *Henrike Roßbach*, Dax-Konzerne versprechen Frauen mehr Führungsposten, in: FAZ vom 18. Oktober 2011, S. 1.

2 Vgl. *Michelle J. Budig / Paula England*, The Wage Penalty for Motherhood, in: American Sociological Review, 66. Jg. (2001), H. 2, S. 204 – 225; *Michelle J. Budig / Melissa J. Hodges*, Differences in Disadvantage: Variation in the Motherhood Penalty Across White Women's Earnings Distribution, in: American Sociological Review, 75. Jg. (2010), H. 5, S. 705 – 728; *Markus Gangl / Andrea Ziefle*, Motherhood, Labor Force Behavior, and Women's Careers: An Empirical Assessment of the Wage Penalty in Britain, Germany, and the United States, in: Demography, 46. Jg. (2009), H. 2, S. 341 – 369; *Karen C. Holden / Pamela J. Smock*, The Economic Costs of Marital Dissolution – Why do Women Bear a Disproportionate Cost, in: Annual Review of Sociology, 17. Jg. (1991), S. 51 – 78; *Walter Korpi*, Faces of Inequality: Gender, Class, and Patterns of Inequalities in Different Types of Welfare States, in: Social Politics, 7. Jg. (2000), H. 2, S. 127 – 191.

## 1. Die politische Repräsentation von Frauen

Weltweit haben 107 von 196 unabhängigen Staaten<sup>3</sup> Frauenquoten entweder in ihrer Verfassung, ihren Wahlgesetzen oder als freiwillige Selbstverpflichtung der politischen Parteien verankert. Die durchschnittliche politische Repräsentativität von Frauen in den nationalen Parlamenten mit Quote beträgt heute 21,2 Prozent gegenüber 16,5 Prozent in Ländern ohne Quote.<sup>4</sup> Die Parteien in Deutschland haben freiwillige Frauenquoten eingeführt, aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten, in unterschiedlicher Höhe und mit unterschiedlichem Geltungsbereich.

Die Grünen und Die Linke verpflichteten sich seit ihrer Gründung, alle Ämter, Mandate und Wahllisten zur Hälfte mit Frauen zu besetzen (§1 Frauenstatut Bündnis 90/Die Grünen; § 10 Abs. 4 und 5 Bundessatzung Die Linke). Die SPD beschloss 1988 eine 40-Prozent-Quote bei Ämtern und Mandaten (§ 11 Abs. 2 Organisationsstatut der SPD), die CDU 1996 ein weniger verbindliches Frauenquorum, nach dem alle Ämter zumindest zu einem Drittel von Frauen besetzt sein sollen (§ 15 Abs. 2 Statut der CDU). Erst im vergangenen Jahr verabschiedete die CSU eine 40-Prozent-Frauenquote, von der aber Ämter auf Kreis- und Orts Ebene ausgenommen sind (§ 8 Abs. 2 Satzung der CSU). Die FPD hat bis heute keine Quote.

Liberale Argumente gegen eine Geschlechterquotierung hinterfragen deren Legitimität und Funktionalität. Um diese Fragen kreist auch die internationale Forschung. Eine Quotierung anhand demografischer Kategorien verstößt, so die kritische Position, gegen die Grundsätze einer liberalen Demokratie, denn Frauenquoten führen zu einer Repräsentation von zugeschriebenen Identitäten, nicht aber von politischen Ideen und Interessen. Dadurch schränken sie die Wahlmöglichkeiten freier Bürger ein.<sup>5</sup>

Fürsprecher der Frauenquote behaupten hingegen, dass Geschlechterparität eine grundlegende, gerechte Voraussetzung demokratischer und zukunftsähniger Interessenrepräsentation ist. Die biologischen und kulturell geschaffenen Geschlechterunterschiede prägen das Leben jedes Einzelnen oft tiefgreifender und anhaltender als sozio-ökonomische Klassenunterschiede. Entscheidend ist, so *Anne Phillips*, natürlich nicht wer, sondern was vertreten wird. Aus ihrer Sicht ist eine zunehmende Präsenz von Frauen unverzichtbar, damit öffentlich gewählte Parlamente als Mikrokosmos der Gesellschaft das gesamte Spektrum und Potential politischer Interessen widerspiegeln.<sup>6</sup> Quotierungen für Frauen sollen ähnlich wie allgemein akzeptierte und implementierte regionale Quoten diese Repräsentativität gewährleisten.<sup>7</sup> Aber tun sie das auch?

3 Nach der Zählung des US State Department und zuzüglich Taiwans. Vgl. Office of the Geographer and Global Issues, Bureau of Intelligence and Research, U.S. Department of State, Washington D.C. 2011.

4 Vgl. International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA), Stockholm University and Interparliamentary Union, Global Database of Quotas for Women, <http://www.quota-project.org/> (Abruf am 22. November 2011).

5 Vgl. *Judith Squires*, Quotas for Women: Fair Representation?, in: Parliamentary Affairs, 49. Jg. (1996), H. 1, S. 71 – 88.

6 Vgl. *Anne Phillips*, The Politics of Presence, Oxford 1995.

7 Vgl. *Drude Dahlerup*, Electoral Gender Quotas: Between Equality of Opportunity and Equality of Result, in: Representation, 43. Jg. (2007), H. 2, S. 73 – 92, S. 79.

Die internationale Forschung ist gespalten. Generell erhöhen Frauenquoten die Zahl der in legislativen Institutionen repräsentierten Frauen<sup>8</sup>, aber nicht jede Frauenquote hat den gleichen durchschlagenden Erfolg. So belegen Studien, dass rechtliche Quotenregelungen effektiver sind als freiwillige innerparteiliche Quoten. Einen ebenfalls positiven Einfluss auf die Anzahl der gewählten Vertreterinnen haben Partei-Wahllisten mit mehr weiblichen Kandidaten, geschlossene Listen, eine öffentliche Sanktionierung bei Nichteinhaltung der Quotierung und das Verhältniswahlrecht.<sup>9</sup> Aber auch eine evangelische, wohlhabende Wahlbevölkerung und eine kleine Agrarwirtschaft erhöhen die Präsenz von Frauen in Parlamenten.<sup>10</sup>

Zudem besteht kein linearer Zusammenhang zwischen politischer Quantität und Qualität, zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation.<sup>11</sup> Zwar stützt eine große Anzahl von Studien den Befund, dass Politikerinnen eher weibliche Interessen vertreten und stärken.<sup>12</sup> Gleichzeitig weisen jüngere Forschungsergebnisse nach, dass einzelne, gut positionierte Akteurinnen oftmals einen stärkeren politischen Einfluss haben als eine kritische Masse weiblicher Abgeordneter.<sup>13</sup> Zudem offenbaren sich weitaus relevantere Interessenunterschiede, sobald die Frauen auch nach Ideologie<sup>14</sup> und ihrem Alter<sup>15</sup> unterteilt werden.

Der Einfluss der Mutterschaft ist nicht untersucht worden. Fraueninteressen werden oft implizit mit Mütterinteressen gleichgesetzt. Wenn aber der Anteil von Kinderlosen kontinuierlich steigt und bei deutschen 40- bis 44-Jährigen 2008 mehr als 20 Prozent der Frauen ausmacht<sup>16</sup>, dann ist zu überlegen, ob diese Gleichsetzung nicht tatsächlich in eine Diskriminierung von Müttern umschlägt. Kinder funktionieren nicht im Takt der Arbeitswelt. Sie benötigen Zeit und ein stabiles soziales Umfeld, was mobilen Aufstiegskarrieren oft entgegen-

- 8 Vgl. *Mark P. Jones*, Gender Quotas, Electoral Laws, and the Election of Women. Evidence from the Latin American Vanguard, in: *Comparative Political Studies*, 42. Jg. (2009), H. 1, S. 56 – 81; *Kyoung-Hee Moon / Kyung-Ock Chun / Mi-Sung Kim / Eun-Kyung Kim*, A Comparative Study of Electoral Gender Quotas in Sweden, Germany, and South Korea: Focusing on the Interplay of the Main Actors in the Processes of the Implementation of Quota Policies, in: *Asian Women*, 24. Jg. (2008), H. 1, S. 75 – 100; *Leslie A. Schwindt-Bayer*, Making Quotas Work: The Effect of Gender Quota Laws on the Election of Women, in: *Legislative Studies Quarterly*, 34. Jg. (2009), H. 1, S. 5 – 28; *Miki Caul Kittilson*, Challenging Parties, Changing Parliaments. Women and Elected Office in Contemporary Western Europe, Columbus 2006.
- 9 Vgl. *Pippa Norris*, Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior, Cambridge 2004; *Andrew Reynolds*, Women in the Legislatures and Executives of the World: Knocking at the Highest Glass Ceiling, in: *World Politics*, 51. Jg. (1999), H. 4, S. 547 – 572.
- 10 Vgl. *Louise K. Davidson-Schmid*, Implementation of Political Party Gender Quotas: Evidence from the German Länder 1990–2000, in: *Party Politics*, 12. Jg. (2006), H. 2, S. 211 – 232.
- 11 Vgl. *Hanna F. Pitkin*, The Concept of Representation, Berkeley 1967.
- 12 Vgl. *Lena Wängnerud*, Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation, in: *Annual Review of Political Science*, 12. Jg. (2009), S. 51 – 69.
- 13 Vgl. *Sarah Childs / Mona L. Krook*, Analysing Women's Substantive Representation: From Critical Mass to Critical Actors, in: *Government & Opposition*, 44. Jg. (2009), H. 2, S. 125 – 145; *Claire Annesley*, Gender, Politics and Policy Change: The Case of Welfare Reform under New Labour, in: *Government and Opposition*, 45. Jg. (2010), H. 1, S. 50 – 72.
- 14 Vgl. *Edward A. Koning*, Women for Women's Sake: Assessing Symbolic and Substantive Effects of Descriptive Representation in the Netherlands, in: *Acta Politica*, 44. Jg. (2009), H. 2, S. 171 – 191.
- 15 Vgl. *Rosie Campbell / Sarah Childs / Joni Lovenduski*, Do Women need Women Representatives?, in: *British Journal of Political Science*, 40. Jg. (2010), H. 1, S. 171 – 194.
- 16 Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden 2010.

wirkt.<sup>17</sup> Ausgehend von diesen Befunden ist zum einen zu erwarten, dass bei den Grünen, der Linken und der SPD höhere weibliche Abgeordnetenzahlen und eine stärkere demografische Angleichung an die Bevölkerung anzutreffen sind als im bürgerlichen Lager. Zum anderen ist zu vermuten, dass die Frauenquote nicht die Chancengleichheit von Müttern grundsätzlich erhöht, denn sowohl im Wettstreit um Mandate und Ämter als auch bei der Durchsetzung von Politik erweist sich der Mütterstatus gegenüber dem Frauenstatus als unterlegen. Frauen sind nicht immer Mütter, und Mütter haben aufgrund ihrer zeitlichen Restriktionen berufliche Nachteile gerade in zeitintensiven Berufen wie dem des Parlamentariers.

## 2. Daten und Methoden

Die hier verwendeten Daten stammen aus „Kürschners Volkshandbuch“<sup>18</sup>, der einzigen offiziellen Referenz, die demografische Informationen zu einzelnen deutschen Parlamentsabgeordneten seit 1890 aufschlüsselt. Die Daten basieren auf freiwilligen Eigenangaben und gleichen den im „Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages“ erfassten biografischen Informationen. Kürschners Volkshandbuch wurde allerdings nicht in den Jahren 1933 bis 1945 veröffentlicht, und auch die erste Wahlperiode des Bundestages (1949 bis 1953) wurde in keiner Edition des Handbuchs dokumentiert. Für diese Untersuchung wurden die drei darauffolgenden Bundestage (2. bis 4. Wahlperiode, 1953 bis 1965), in denen der Frauenanteil wegen des Zweiten Weltkrieges bereits vergleichsweise hoch war, sowie die letzten drei Wahlperioden (15. bis 17., 2002 bis heute) herangezogen. Die Daten der beiden Messzeitpunkte werden zusammengefasst, um die Befunde auch statistisch abzusichern. Dabei wurde die erste Auflage der jeweiligen Volkshandbücher benutzt.

## 3. Ergebnisse

### 3.1. Die Repräsentanz der Geschlechter im Parlament

Die Überrepräsentation von Männern im Bundestag nimmt im Laufe der Zeit, wie erwartet und vielfach belegt, ab.<sup>19</sup> Der Anteil sinkt von 91 Prozent in den 1950er und 1960er Jahren auf 67,5 Prozent in der letzten Dekade. Gleichzeitig bleiben aber deutliche Parteienunterschiede bestehen. Nahezu acht von zehn Christdemokraten und sieben von zehn Freidemokraten sind Männer. Die männliche Mehrheit der SPD ist mit 63 Prozent geringer, aber

<sup>17</sup> Vgl. *Lowell L. Hargens / James C. McCann / Barbara F. Reskin*, Productivity and Reproductivity – Fertility and Professional Achievement Among Research Scientists, in: *Social Forces*, 75. Jg. (1978), H. 1, S. 154 – 163.

<sup>18</sup> Kürschners Volkshandbuch, Deutscher Bundestag. 2. bis 4. und 15. bis 17. Wahlperioden, Rheinbreitbach 1954 bis 2009.

<sup>19</sup> Vgl. *Michael F. Feldkamp / Christa Sommer*, Parlaments- und Wahlstatistik des Deutschen Bundestages 1949 bis 2002/03 (herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit), Berlin 2003, S. 44 ff.; *Joanna McKay*, Women in German Politics: Still Jobs for the Boys?, in: *German Politics*, 13. Jg. (2004), H. 1, S. 56 – 80; *Sandra Brunsbach*, Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarinnen als Repräsentantinnen von frauenspezifischen Interessen im Bundestag, in: *ZParl*, 42. Jg. (2011), H. 1, S. 3 – 24.

**Tabelle 1:** Weibliche und männliche MdBs nach Parteizugehörigkeit (in Prozent) während der 2. bis 4. (1953 bis 1965) und 15. bis 17. Wahlperiode (seit 2002)

	Die Linke	Die Grünen	SPD	FDP	CDU/CSU	Andere	Summe
1953 bis 1965 männlich	–	–	88	94	92	94	1.404
1953 bis 1965 weiblich	–	–	12	6	8	6	141
seit 2002 männlich	59	44	63	75	79	–	249
seit 2002 weiblich	41	56	37	25	21	–	602

Anmerkung: Zwei Abgeordnete, die ihre parteiliche Zugehörigkeit änderten und sich in Kürschners Volkshandbuch als neutral erklärten, sind nicht aufgelistet.

Quelle: Kürschners Volkshandbuch.

immer noch bedeutsam. Bei den Grünen kehrt sich hingegen das Geschlechterverhältnis um. Ihre Repräsentanten sind in jeder der hier betrachteten Wahlperioden häufiger Frauen als Männer.

Seit den 1950er und 1960er Jahren gleicht sich auch die Altersstruktur zwischen Bevölkerung und Parlamentariern an. Das parlamentarische Durchschnittsalter hat sich, ausgehend von fast 53 Jahren, auf 50 Jahre verringert. Die Differenz zwischen dem Medianalter von Politikern und Bevölkerung liegt aber immer noch bei circa 6,2 Jahren in den letzten Wahlperioden.<sup>20</sup> Eine Aufschlüsselung nach Parteimitgliedschaft zeigt, dass in allen Parteien bis auf die SPD Frauen mehr zur Verjüngung der Parteien beigetragen haben.

Die wachsende Zahl von Frauen im Bundestag verändert auch seine familienstrukturelle Zusammensetzung und folgt dem gesellschaftlichen Differenzierungstrend. Nutzen Abge-

<b>Tabelle 2:</b> Mitglieder des frühen und heutigen Bundestages nach Familienstand, parteilicher Zugehörigkeit und Geschlecht (Frauen in Klammern)								
	Die Linke	Die Grünen	SPD		FDP		CDU/CSU	
	seit 2002	seit 2002	1953 bis 1965	seit 2002	1953 bis 1965	seit 2002	1953 bis 1965	seit 2002
Alleinstehend	32 (13)	35 (20)	1 (0)	50 (23)	1 (0)	12 (1)	0	88 (25)
Verheiratet*	125 (44)	92 (50)	320 (24)	413 (122)	106 (4)	80 (22)	506 (26)	548 (92)
Geschieden	10 (8)	4 (3)	–	31 (22)	–	3 (2)	–	14 (12)
Verwitwet	5 (4)	3 (0)	11 (11)	3 (2)	3 (3)	0	17 (11)	4 (1)
Eheähnliche Gemeinschaft	4 (3)	2 (1)	–	12 (5)	–	4 (0)	–	2 (2)
Homosexuelle Gemeinschaft	1 (0)	6 (0)	–	0	–	0	–	0
Getrennt	2 (0)	1 (0)	–	2	–	1 (0)	–	1 (0)
Alleinerziehend	1 (1)	0	–	0	–	0	–	1 (1)
Ohne nähere Angaben	34 (20)	31 (24)	206 (32)	18	54 (3)	10 (2)	267 (24)	61 (20)

\* zuzüglich eines Verlobten.

Quelle: Kürschners Volkshandbuch.

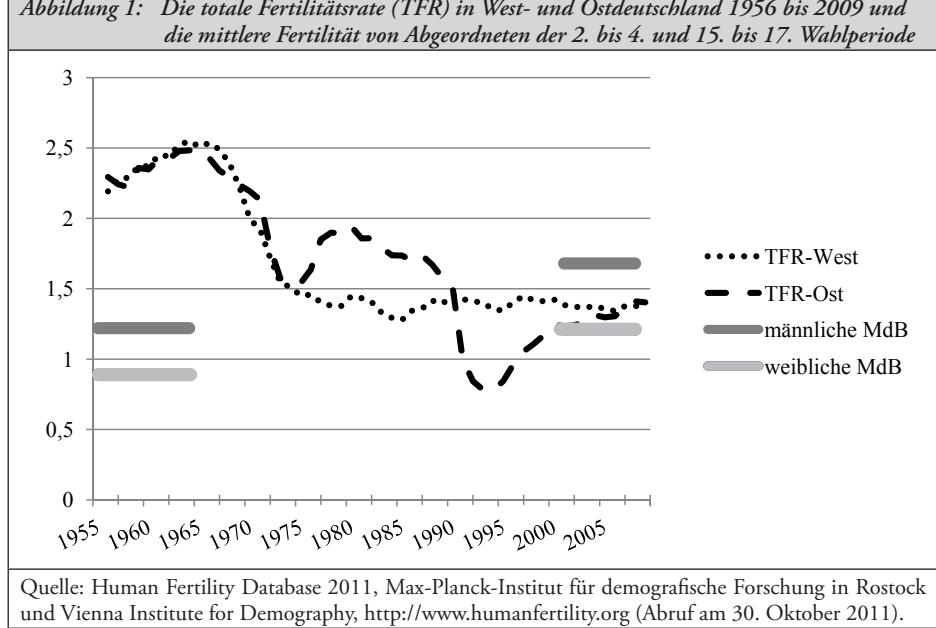
20 Vgl. Central Intelligence Agency, The World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gm.html> (Abruf am 22. November 2011).

ordnete der ersten Wahlperioden vier Kategorien, um ihren Familienstand zu beschreiben, sind es jetzt elf. Auch steigt die generelle Bereitschaft, Auskunft über das Privatleben zu geben, von 36 auf 80 Prozent und hier vor allem bei Frauen.

### 3.2. Mütter im Bundestag

In den Kurzbiografien der Bundestagsabgeordneten fehlen oft Angaben zu Kindern. Besonders in den ersten Wahlperioden finden sich bei 61 Prozent der Abgeordneten keine Hinweise darauf, ob sie Kinder haben oder kinderlos sind. Diese Zahl sinkt in den vergangenen drei Wahlperioden auf 29 Prozent. Unterstellt, dass diejenigen, die Kinder nicht erwähnen, kinderlos sind, liegt die Fertilitätsrate von Frauen im Parlament immer unter der nationalen Fertilitätsrate.

*Abbildung 1: Die totale Fertilitätsrate (TFR) in West- und Ostdeutschland 1956 bis 2009 und die mittlere Fertilität von Abgeordneten der 2. bis 4. und 15. bis 17. Wahlperiode*



Quelle: Human Fertility Database 2011, Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und Vienna Institute for Demography, <http://www.humanfertility.org> (Abruf am 30. Oktober 2011).

Die Fertilität von Männern ist generell schwieriger zu erheben; letztlich können sie nicht ganz genau wissen, wie viele Kinder sie haben. Deshalb ermitteln Demografen auch selten männliche Fertilitätsraten. Relevanter ist aber im vorliegenden Kontext, dass Männer sich als Vater definieren und das tun in den ersten Bundestagen weniger als in den späteren Wahlperioden. Der Fertilitätsunterschied zwischen männlichen und weiblichen Parlamentarien ist signifikant, und er steigt auf ein hoch signifikantes Niveau in den Wahlperioden der letzten Dekade. Das ändert sich auch dann nicht, wenn nur diejenigen Bundestagsabgeordneten berücksichtigt werden, die explizite Angaben zu Kindern gemacht haben.

Die Geburtenhäufigkeit variiert erheblich von Partei zu Partei. In einem Links-Rechts-Spektrum zeigt sich, dass linke Abgeordnete durchschnittlich deutlich weniger Kinder haben als Freidemokraten und Christdemokraten. In den frühen Bundestagen gaben SPD-Abge-

**Tabelle 3:** Durchschnittliche Kinderzahl männlicher und weiblicher MdBs während der 2. bis 4. und 15. bis 17. Wahlperiode

		Männer	Frauen	t-Werte
1953 bis 1965	Mittlere Fertilität (N = 1.576)	1,22	0,89	2,03*
seit 2002	Mittlere Fertilität (N = 1.853)	1,68	1,21	6,98***

Anmerkung: Keine Angaben zu Kindern sind als 0 Kinder kodiert. Werden nur noch diejenigen berücksichtigt, die Kinder explizit erwähnen, reduziert sich die Fallzahl auf 621 in den ersten Legislaturperioden und 1.245 in den letzten. Der Unterschied männlicher und weiblicher Fertilität verstärkt sich und bleibt statistisch signifikant beziehungsweise hoch signifikant. \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001.

Quelle: Kürschners Volkshandbuch.

ordnete im Mittel ein Kind weniger an als Mitglieder der CDU/CSU. Eine ähnliche Discrepanz besteht heute zwischen den Grünen und den Christdemokraten.

Dieses Gefälle von rechts nach links wird von der ungleichen Fertilität männlicher Abgeordneter dominiert. Konservative Politiker haben durchschnittlich mehr Kinder als Männer in links-orientierten Parteien. Das gilt in abgeschwächter Form auch für Frauen der ersten Wahlperioden. Weibliche CDU/CSU-Abgeordnete geben mehr Kinder an als weibliche Sozialdemokraten. Aber die absoluten Kinderzahlen sind auffallend niedriger als die nationale Fertilitätsrate von 2,39 Kindern je Frau. Hier dürfte eine Reihe von Angaben fehlen, denn in der damaligen Bevölkerung gibt es keinen Unterschied zwischen der Fertilitätsrate und der Parität von Müttern, weil Kinderlosigkeit nicht weit verbreitet ist. Hingegen streuen die Kinderzahlen von Müttern im Parlament der frühen Wahlperioden nach dem vertrauten politischen Links-Rechts-Schema um den nationalen Wert.

Aber selbst wenn die Angaben zu Kindern in der Frühzeit des Bundestages nicht verlässlich die Fertilitätsrate der Abgeordneten widerspiegeln sollten, ist aufschlussreich, dass sämt-

<b>Tabelle 4:</b> Durchschnittliche Kinderzahl der MdBs und in der Bevölkerung nach Geschlecht, Elternschaft und parteilicher Zugehörigkeit im Zeitvergleich							
	Die Linke	Die Grünen	SPD	FDP	CDU/CSU	Bevölkerung	
						TFR	Mütter
1953 bis 1965	Männer	–	–	0,7	1,2	1,6	–
	Väter	–	–	2,2	2,5	3,6	–
	Frauen	–	–	0,6	0,7	1,2	2,39
	Mütter	–	–	1,8	2,3	2,8	2,39‡
seit 2002	Männer	1,3	1,1	1,5	1,6	1,9	–
	Väter	2,1	2,1	2,2	2,5	2,6	–
	Frauen	1,0	1,1	1,3	1,2	1,2	1,36
	Mütter	1,7	1,9	2,0	1,7	2,1	2,04‡

Anmerkung: Die Mittelwerte für Männer und Frauen im Bundestag basieren auf allen Fällen entsprechend der totalen Fertilitätsrate (TFR) in der Bevölkerung. Die Mittelwerte der Väter und Mütter berechnet nur noch die Parität derjenigen im Bundestag, die Kinder explizit erwähnt haben. Das entspricht der durchschnittlichen Kinderzahl von Müttern in der Bevölkerung. Diese Zahlen sind vom Statistischen Bundesamt anhand der Mikrozensus Daten 2008 extra berechnet und für Männer nicht ausgewiesen. Mütter‡ der ersten Wahlperioden sind durch die Kohorten 1933 bis 1938 repräsentiert und in den letzten durch Mütter‡ der Kohorten 1959 bis 1963.

Quelle: Kürschners Volkshandbuch.

**Tabelle 5:** Regressionsanalysen zur Anzahl von Kindern bei MdBs im Zeitvergleich

	Modell 1		Modell 2		RE-Modell 3
	1953 bis 1965	seit 2002	1953 bis 1965	seit 2002	seit 2002
Frauen	0,240† (1,73)	-0,157** (-2,59)	0,224 (0,60)	0,048 (0,25)	0,013 (0,07)
Alter	-0,012** (-2,83)	0,031*** (10,51)	-0,012** (-2,77)	0,031*** (10,35)	0,028*** (10,33)
Verheiratet	1,710*** (20,5)	1,052*** (16,71)	1,710*** (20,53)	1,047*** (16,67)	0,756*** (15,39)
Katholisch	0,225* (2,21)	0,036 (0,54)	0,225* (2,20)	0,091 (1,34)	0,129† (1,76)
in West-D geboren	–	-0,269*** (-4,00)	– (-3,50)	-0,287*** (-3,50)	-0,218*** (-2,57)
Verweildauer im Bundestag	-0,090 (-1,62)	0,034 (1,02)	-0,099† (-1,68)	0,040 (1,01)	0,0002 (0,02)
DP, GB, BHE	0,629** (2,76)	– (2,38)	0,561* (2,38)	– (-)	– (-)
CDU/CSU	0,671** (6,45)	0,295*** (4,13)	0,694*** (6,44)	0,432*** (5,24)	0,417*** (4,15)
FDP	0,434 (3,13)	0,069 (0,57)	0,462*** (3,20)	0,238† (1,68)	-0,038 (-0,27)
Grüne	–	0,032 (0,32))	– (0,08)	0,012 (0,08)	-0,107 (-0,60)
Linke (Referenz SPD)	–	-0,059 (-0,63)	– (-0,17)	-0,021 (-0,17)	-0,100 (-0,84)
Frau * WestD.	–	–	– (0,38)	0,053 (0,38)	-0,095 (0,64)
Frau * Verweildauer	–	–	0,073 (0,38)	-0,021 (-0,30)	-0,002 (0,07)
Frau * DP etc.	–	–	1,223 (1,30)	– (-)	– (-)
Frau * CDU/CSU	–	–	-0,237 (-0,82)	-0,509*** (-3,52)	-0,444** (2,46)
Frau * FDP	–	–	-0,350 (-0,54)	-0,577* (-2,08)	-0,046 (-0,19)
Frau * Grüne	–	–	– (-0,20)	-0,041 (-0,20)	0,198 (0,80)
Frau * Linke	–	–	– (-0,57)	-0,108 (-0,57)	-0,040 (-0,20)
Konstante	0,386 (1,53)	-0,688*** (-3,95)	0,374 (1,47))	-0,742*** (-4,06)	-0,356* (-2,08)
$\sigma_{\mu}$	–	–	–	–	1,093
$\sigma_{\varepsilon}$	–	–	–	–	0,349
$\rho$	–	–	–	–	0,907
R <sup>2</sup> angepasst	26,77	26,97	26,35	27,36	27,23
N	1.536	1.851	1.536	1.851	1.851

Anmerkungen: Die Modelle 1 und 2 stützen sich auf OLS-Regressionsen, die jeden Abgeordneten je Wahlperiode einzeln berücksichtigt. Das Modell 3 ist ein Random-Effekte Panelmodell. Es berücksichtigt zudem, dass Abgeordnete auch über mehrere Wahlperioden im Bundestag vertreten sein können. Die abgebildeten Random-Effekte Schätzungen bestätigen die Robustheit der OLS-Befunde. z-Werte beziehungsweise t-Werte in Klammern.

† p < 0,10; \* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001.

Quelle: Kürschners Volkshandbuch.

liche Werte der Abgeordneten in den späteren Wahlperioden näher an die nationale Realität mit deutlich gesunkenen Fertilitätsrate und niedrigeren Kinderzahlen von Müttern heranrücken. Dabei liegen alle Fertilitätsraten von Frauen weiterhin unter dem nationalen Durchschnitt. Ähnliches gilt auch für die durchschnittliche Kinderzahl von Müttern mit Ausnahme der Christdemokratinnen, die leicht überdurchschnittliche Angaben machen. Väter im Parlament haben hingegen immer eine höhere Parität als in der Bevölkerung. Auch ihre Fertilitätsraten liegen mehrheitlich über dem nationalen Niveau. Nur die Abgeordneten der Linken und der Grünen haben unterdurchschnittliche Fertilitätsraten.

Der Vergleich zeigt also, dass auch unter Quotenbedingungen Frauen und Männer mit jeweils unterschiedlichen Familienbiografien für ein parlamentarisches Mandat rekrutiert werden. Frauen im Bundestag sind kinderloser als ihre männlichen Kollegen. Zudem haben politische Ideologien in den letzten Wahlperioden anscheinend keinen Einfluss mehr auf die geringe Fertilität von Frauen im Bundestag.

Warum aber haben Frauen im Bundestag weniger Kinder als die männlichen Abgeordneten? Um diesen Zusammenhang eingehender zu analysieren, wurden multivariate Regressionsanalysen gerechnet<sup>21</sup> und zahlreiche Standarddeterminanten von Fertilität kontrolliert; trotzdem bestätigt sich erneut, dass das Geschlecht der Abgeordneten heute nicht mehr eine positive wie in den 1950er und frühen 1960er Jahren, sondern eine signifikant negative Bestimmungsgröße ist. Unabhängig vom Geschlecht und parallel zum gesellschaftlichen Trend steigt die Fertilität der Parlamentarier in späteren Perioden des Bundestages mit dem Alter signifikant. Im Gegensatz dazu hat der Einfluss erlangter Charakteristika wie zum Beispiel Familienstand, religiöse und parteiliche Zugehörigkeit im Laufe der Zeit abgenommen. Allerdings gilt auch im heutigen Bundestag, dass konservative, katholische, verheiratete sowie in Ostdeutschland geborene<sup>22</sup> Abgeordnete beachtlich höhere Kinderzahlen nennen. Das sind aber in erster Linie Männer und nicht Frauen.

Modell 2 erfasst durch die Interaktion zusätzlich weibliche Abgeordnete der jeweiligen Parteien als gesonderte Gruppe. Im gegenwärtigen Bundestag klafft zwischen den bürgerlichen Frauen und ihren männlichen Parteikollegen eine signifikante Fertilitätslücke, was den Effekt des Geschlechts vollständig absorbiert. Die Interaktion von Geschlecht und Konservativismus bleibt auch dann bestehen, wenn im Panelmodell explizit berücksichtigt wird, dass viele Abgeordnete über mehrere Wahlperioden im Bundestag sitzen und dass weitere nicht erhobene, individuelle Merkmale die Fertilität der MdBs beeinflussen können (Modell 3).

Weibliche konservative Abgeordnete haben im Durchschnitt 0,4 Kinder weniger als ihre männlichen Parteikollegen und unterscheiden sich nicht mehr von Frauen linker Parteien. Das ist ein weiterer Beleg für die Selektion kinderloser Politikerinnen im heutigen Bundestag und zeigt, dass die Frauenquote weder in den konservativen noch in den linken Parteien Müttern hilft, politisch präsent zu sein.

21 Die hier ausgewiesenen Ergebnisse stützen sich auf OLS und Random-Effects Panel-Modelle. Obwohl die Kinderzahl durch die starke Besetzung der 0-Werte nicht strikt normalverteilt ist, sind die Befunde robust. Sie bestätigen sich auch in Poissonregressionen, die zur Analyse von positiven Zähldaten genutzt werden.

22 Vgl. Alain Monnier, The Effects of Family Policies in the German Democratic Republic. A Reevaluation, in: Population. An English Selection, 2. Jg. (1990), S. 127 – 140.

#### 4. Brauchen wir eine Mütterquote?

Mit der Einführung von freiwilligen Frauenquoten in deutschen Parteien ist nicht nur die Zahl der Frauen im Parlament gestiegen. Die Geschlechter sind bei den Grünen und den Linken annähernd paritätisch repräsentiert. Gleichzeitig verringern sich im Hinblick auf die Alters- und Familienstandsverteilungen weitere Unterschiede zwischen Bundestag und Bevölkerung und zwar in jenen Parteien am stärksten, die auch die höchsten und umfassendsten Frauenquoten eingeführt haben. Die Quote wirkt also.

Umso überraschender und unbeabsichtigter ist die gegensätzliche Entwicklung bei den Angaben zu Kindern. Zum einen geben heute mehr Mitglieder des Bundestages an, Kinder zu haben als noch vor 50 Jahren. Der hohe Anteil fehlender Angaben in den ersten Wahlperioden ist wahrscheinlich verantwortlich für diesen ungewöhnlichen Befund. „Kinder haben die Leute immer“<sup>23</sup> soll Konrad Adenauer gesagt haben. Diese Haltung, die sich der frühere Bundeskanzler zur Legitimierung der deutschen umlagefinanzierten Rentenversicherung zu Nutzen machte, zeigt, wie selbstverständlich das traditionelle Familienleben mit Kindern in den 1950ern und 1960ern war. Wenn jeder Kinder hat, gibt es keinen Grund, dies gesondert zu erwähnen. Auch war Kinderlosigkeit in den Wahlperioden unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg oft mit einem persönlichen Schicksalsschlag verbunden. Die vielen fehlenden Angaben, die in der Bevölkerung nicht vorhandene Kluft zwischen Fertilitätsrate und der durchschnittlichen Kinderzahl von Eltern im Parlament sowie die Homogenität des Familienstandes früherer Bundestagsmitglieder sprechen für diese Interpretation.

Die zunehmende Ungleichheit der Fertilität zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten ist jedoch kein Artefakt. Zudem berichten weibliche Parlamentarier und insbesondere die, die der CDU/CSU und der FDP angehören, signifikant geringere Kinderzahlen als ihre männlichen Amtskollegen von derselben oder von den anderen Parteien. Fördert die Quote vor allem kinderlose Frauen in den C-Parteien und unterbindet nicht die systematische Unterrepräsentation von Müttern in Parteien des linken Spektrums, dann drängt sich die Frage auf, ob kinderlose Frauen die beste politische Vertretung von Frauen mit Kindern sind.

Dagegen spricht, dass beide Gruppen von Frauen oft sehr unterschiedliche Erfahrungen machen. Die anspruchsvollen, um Vollzeitbeschäftigung organisierten Arbeitsmärkte lassen Frauen oft wenig Freiraum, um den Balanceakt zwischen Familie und Arbeitsleben zu meistern.<sup>24</sup> Der Familienbericht 2011 belegt den Zeitdruck, unter dem Familien stehen.<sup>25</sup> Gerade in Deutschland haben sich nicht wenige Frauen gegen die Mutterschaft und für eine Karriere entschieden.<sup>26</sup> 2008 betrug der Kinderlosenanteil unter den Absolventinnen mit Hochschulabschluss 26,5 Prozent bei den 45- bis 49-Jährigen.<sup>27</sup> Kinderlose Karrierefrauen

23 Zitiert nach Franz-Xaver Kaufmann, Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Wiesbaden 2009, S. 173.

24 Vgl. OECD, Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life, Paris 2007.

25 Vgl. Felix Berth, Hilfe in der Rush-Hour des Lebens, in: SZ vom 29. Oktober 2011, S. 6.

26 Vgl. Michaela Kreyenfeld, Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis with Data from the German Fertility and Family Survey, in: Demographic Research 2004, Special Collection 3, Article 11, S. 275 – 318.

27 Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Ergänzende Tabellen zur Pressekonferenz am 29. Juli 2009 in Berlin, Wiesbaden 2010.

hätten kein Eigeninteresse, sondern müssten sich allein aus selbstlosen Beweggründen für die Förderung von Müttern einsetzen.

Ferner haben Experten die finanzielle Benachteiligung von Müttern auf dem Arbeitsmarkt berechnet. Der Einkommensverlust, den Frauen für jedes Kind in Kauf nehmen müssen<sup>28</sup>, schwankt zwischen neun und 18 Prozent je nach Land<sup>29</sup> und ist weitgehend unbeeinflusst von der politischen Frauenquote. Weitere empirische Trends wie steigende oder stagnierende Zahlen zur Armut von Kindern und alleinerziehenden Müttern<sup>30</sup>, niedrige Fertilitätszahlen und das niedrige subjektive Wohlbefinden von Müttern<sup>31</sup> bestärken die Vermutung, dass nicht-repräsentierte Gruppen im Parlament auch politisch ohne Einfluss bleiben. Dies könnte eine Mütterquotenregelung ähnlich wie bei der Argumentation für eine Frauenquote rechtfertigen.<sup>32</sup>

Eine Mütterquote hat jedoch auch ernst zu nehmende Nachteile. Dabei geht es nicht um die allgemeinen Bedenken, die gegenüber Quoten erhoben werden. Eine Mütterquote muss ebenso wenig wie eine Frauenquote undemokratisch sein, parteiinterne Konflikte verursachen, weniger qualifizierte Kandidaten bevorzugen und andere stigmatisieren. Quotenregelungen für Mütter oder aktive Eltern haben aber nicht triviale Identifikationsprobleme zu lösen. Denn wer gilt als berechtigt? Haben Mütter, die die Erziehung ihrer Kinder an Kinderädchen delegieren, die zudem nicht selten aus ärmeren Ländern stammen<sup>33</sup>, dieselben Ansprüche wie Mütter, die ihre Kinder allein erziehen? Opfern nicht auch manche Väter ihre Karriere im Interesse ihrer Kinder? Sind Frauen mit einem Kind ebenso quotenberechtigt wie Mütter von sieben Kindern? Sind verheiratete Mütter mit Alleinstehenden gleich zu stellen? Und sind nicht viele Kinderlose in Zukunft Mütter? Zusätzlich zu den entstehenden Suchkosten, könnte eine Mütterquote auch die Einigkeit und somit den politischen Einfluss der Frauen untergraben. Eine Elternquote wäre darum wohl die politisch korrektere Bezeichnung.

Ob diese Nachteile die Vorteile einer Quote aufwiegen, ist im Vorfeld kaum abzuschätzen, zumal wahrscheinlich, wie bei der allgemeinen Frauenquote auch, Kontext und Design die Wirkung entscheidend beeinflussen. Deshalb wird hier Mansbridges Vorschlag favorisiert: „(A)ny institutionalization of descriptive representation is best kept fluid. (...) Similarly, experimental decisions by political parties to make a certain percentage of candidates de-

28 Vgl. *Michelle Budig / Paula England*, a.a.O. (Fn. 2), S. 204 ff.; *Shelley J. Correll / Stephen Benard / In Paik*, Getting a Job: Is There a Motherhood Penalty?, in: American Journal of Sociology, 112. Jg. (2007), H. 5, S. 1298 – 1338; *Heike Trappe / Rachel A. Rosenfeld*, How do Children Matter? A Comparison of Gender Earnings Inequality for Young Adults in the Former East Germany and the Former West Germany, in: Journal of Marriage and the Family, 62. Jg. (2000), H. 2, S. 489 – 507.

29 Vgl. *Markus Gangl / Andrea Ziefle*, a.a.O. (Fn. 2).

30 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Lebenslagen in Deutschland, Berlin 2009; EU Commission, Child Poverty and Well-Being in the EU. Current Status and Way Forward, Luxemburg 2008.

31 Vgl. *Hilke Brockmann*, Why are Middle-Aged People so Depressed? Evidence from West-Germany, in: Social Indicators Research, 97. Jg. (2010), H. 1, S. 23 – 42; UNICEF, Child Poverty in Perspective: An Overview of Child Well-Being in Rich Countries, Florenz 2007.

32 Vgl. *Ronald Inglehart / Pippa Norris / Christian Welzel*, Gender Equality and Democracy, in: Comparative Sociology, 1. Jg. (2002), H. 3/4, S. 321 – 345.

33 Vgl. *Barbara Ehrenreich / Arlie Hochschild* (Hrsg.), Global Women. Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy, New York 2002.

scriptively representative of underrepresented groups are preferable to quotas embedded in law or constitutions. Such ad hoc arrangements can be flexible over time.“<sup>34</sup>

In einem begrenzten Feldversuch ließe sich testen, ob und wie eine gezielte Berücksichtigung von Frauen (und Männern) mit Kindern und mit lückenhaften Berufsbiografien zu einer besseren Politik für Eltern und für Kinder führt. Die bisherigen Ergebnisse legen kein bestimmtes Quotendesign nahe, aber sie mahnen, dass es an der Zeit ist, die Diskriminierung von Müttern genauer unter die Lupe zu nehmen. Eine vorurteilslose Debatte zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Repräsentation von Frauen und Müttern in Deutschland dürfte auch andere diskriminierte Gruppen profitieren lassen.

<sup>34</sup> Jane Mansbridge, Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent “Yes”, in: *The Journal of Politics*, 61. Jg. (1999), H. 3, S. 628 – 657, S. 652 f.

## Doppelquoten – ein Vorteil für ostdeutsche Parlamentarierinnen?\*

Melanie Kintz

Als Helmut Kohl 1990 Angela Merkel als Ministerin für Frauen und Jugend in sein Kabinett berief, wurde oft argumentiert, dass sie diese Position nur erhalten habe, weil sie eine Frau aus dem Osten sei und damit eine Doppelquote erfüllte.<sup>1</sup> Ähnliche Behauptungen wurden auch laut, als weitere ostdeutsche Frauen Führungspositionen erhielten, sei es bei den Berufungen von Claudia Nolte<sup>2</sup> (CDU) und Christine Bergmann<sup>3</sup> (SPD) in dieselbe Position, oder noch 2009, als Frank Walter Steinmeier die brandenburgische Bundestagsabgeordnete Dagmar Ziegler zur Sprecherin für familien- und bildungspolitische Themen im Fraktionsvorstand machte.<sup>4</sup> Selbst in der akademischen Literatur findet sich das Argument der Doppelquote, manchmal sogar der Dreifachquote wieder. So erklärt Sarah Wiliarty<sup>5</sup> den Auf-

\* Eine frühere Version dieses Beitrags wurde auf der Konferenz des Council of European Studies (CES) 2012 in Boston vorgestellt. Ich danke besonders Louise Davidson-Schmid, Melanie Graichen, Christina Xydia, Mike Adkins sowie den Redaktionsteilnehmern der ZParl für ihre sehr hilfreichen Kommentare zur Überarbeitung.

1 Vgl. Alice Schwarzer, Das Kanzlerinnen-Interview, in: Emma vom September/Okttober 2009, S. 20 – 25, <http://www.angela-merkel.de/doc/090914-interview-merkel-emma.pdf> (Abruf am 15. November 2012).

2 Vgl. Ulrike Baureithel, Das Patriarchat, ein Standortnachteil, in: Der Freitag vom 4. Februar 2011, <http://www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/das-patriarchat-ein-standortnachteil> (Abruf am 15. November 2012).

3 Vgl. Eberhardt Vogt, Der stille Aufstieg der Christine Bergmann, in: Focus vom 6. April 1998, [http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-der-stille-aufstieg-der-christine-bergmann\\_aid\\_170205.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/spd-der-stille-aufstieg-der-christine-bergmann_aid_170205.html) (Abruf am 15. November 2012).

4 Vgl. Robin Alexander, Steinmeier sammelt Getreue in der Fraktionsspitze, in: Die Welt online vom 22. Oktober 2009, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4939141/Steinmeier-sammelt-Getreue-in-der-Fraktionsspitze.html> (Abruf am 5. Dezember 2012).

5 Vgl. Sarah Wiliarty, Angela Merkel’s Path to Power: The Role of Internal Party Dynamics and Leadership, in: German Politics, 17. Jg. (2008), H. 1, S. 81 – 96.